



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Bundesverbands der Familienzentren e. V.**

## **I. Qualität in der frühkindlichen Bildung:**

- 1) **Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der CDU für die Qualität und Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung?**

### **Antwort**

CDU und CSU wollen die familienunterstützenden Netzwerke auf allen Ebenen zur Beratung und Förderung in den Bereichen der Erziehung und familiären Fürsorge ausbauen. Familienzentren, angeschlossen an Kindertageseinrichtungen, halten niedrigschwellige Angebote bereit, die ausgebaut werden sollten.

- 2) Zusammen mit den Ländern hat der Bund Eckpunkte für ein Qualitätsentwicklungsgesetz beschlossen, welche eine deutliche und dauerhafte Ausweitung der Bundesmittel in der frühkindlichen Bildung vorsieht.
- a) **Was versteht Ihre Partei unter einer deutlichen und dauerhaften Ausweitung?**
- b) **Wie wird sich die Förderung des qualitativen Ausbaus von Kindertageseinrichtungen bei einer erneuten Regierungsbeteiligung der CDU in der kommenden Legislatur entwickeln?**

**Die Fragen 2a) und 2b) werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:**

Bis heute hat sich der Bund mit rund 8 Milliarden Euro an dem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren beteiligt. Mit dem in diesem Jahr beschlossenen Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung wird der Weg geebnet, den Ländern und Kommunen Bundesmittel für den weiteren Ausbau von 100 000 Plätzen für die

Kindertagesbetreuung bereitzustellen. CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass der Bund die Länder und Kommunen auch in den kommenden Jahren unterstützt, das Angebot an Betreuungsplätzen bedarfs- und qualitätsgerecht auszubauen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Ausstattung von Kindertages- und Betreuungseinrichtungen mit ausreichend und gut ausgebildetem Personal zu. Die Qualität der Kindertagesbetreuung soll insbesondere durch gemeinsame Qualitätsziele gesichert werden. Die primäre Verantwortung für die Bedarfsplanung und Finanzierung der Kinderbetreuung fällt allerdings weiterhin in die Zuständigkeit der Länder.

**3) Inwiefern unterstützt die CDU die Entwicklung bundeseinheitlicher (Mindest-) Standards im Sinne gleicher Bildungschancen für jedes Kind?**

**Antwort**

CDU und CSU setzen sich seit vielen Jahren für bundesweit gleiche Leistungsmaßstäbe und vergleichbare Schulabschlüsse auf dem Niveau Bayerns oder Sachsens ein. Dank unseres Engagements hat die Kultusministerkonferenz in den Jahren 2003, 2004 bzw. 2012 Bildungsstandards verabschiedet. Derzeit gibt es sie

- für den Primarbereich (Jahrgangsstufe 4) für die Fächer Deutsch und Mathematik,
- für den Hauptschulabschluss (Jahrgangsstufe 9) für die Fächer Deutsch, Mathematik und Erste Fremdsprache (Englisch/Französisch),
- für den Mittleren Schulabschluss (Jahrgangsstufe 10) für die Fächer Deutsch, Mathematik, Erste Fremdsprache (Englisch/Französisch), Biologie, Chemie und Physik,
- für die Allgemeine Hochschulreife für die Fächer Deutsch, Mathematik und die fortgeführte Fremdsprache (Englisch/Französisch).

Damit kann die Qualitätsentwicklung in den Schulen aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland an einem gemeinsam vereinbarten Maßstab, an abschlussbezogenen Bildungsstandards ausgerichtet werden.

**4) Welche Kind-Fachkraft-Relation strebt die CDU (bundesweit) an?**

**Antwort**

Siehe Antwort auf Fragen 2a) und 2b).

**5) Viele Programme des Bundes sind an den Bedarfen auf kommunaler Ebene vorbei konzipiert. Sie haben Strukturen oft nur angeschoben, die nach Ablauf der Programmdauer nicht nachhaltig verankert werden konnten. Wie soll aus Sicht der CDU im Rahmen des Qualitätsentwicklungsgesetz sichergestellt werden, dass die Mittel vor Ort individuell genutzt werden können und so die Qualität in der frühkindlichen Bildung ressourcen- und bedarfsorientiert nachhaltig verbessert wird?**

**Antwort**

Siehe Antwort auf Fragen 2 a und b).

**6) Familienzentren sind wichtige Knotenpunkte im Umfeld von Familien, die neben einer Betreuung der Kinder, bedarfsgerechte Angebot vorhalten. Welchen Stellenwert misst die CDU dem Ausbau von Kitas zu Familienzentren zu?**

**Antwort**

Siehe Antwort auf Frage 1.

## **II. Quantitativer Ausbau Kindertageseinrichtungen**

Immer mehr Eltern möchten früher in den Beruf zurückkehren, immer mehr Kinder werden geboren und mehr Eltern sehen in der Betreuung ihres Kindes ein Angebot, die Startchancen ihrer Kinder zu verbessern und ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen. Auch die im Rahmen des vierten Investitionsprogramms des Bundes zusätzlichen 100 000 Betreuungsplätze werden den Bedarf und teilweise die Bedürfnisse der Eltern (im Hinblick auf Öffnungszeiten, individuellen Förderbedarf usw. ) aus Sicht des Bundesverbandes der Familienzentren nicht befriedigen können, (siehe Hintergrundmeldung „Gute Kinderbetreuung“ des BMFSFJ vom 29. 06.2017<sup>\*</sup>) (\* Quelle: Hintergrundmeldung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 29.06.2017;. siehe unter : <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/kinderbetreuung/gute-kinderbetreuung/73518> ; Abrufdatum 19. 07.2017 )

- 1) Wird Ihre Partei bei einer erneuten Regierungsbeteiligung nach dem vierten Investitionsprogramm des Bundes Mittel zum weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen zur Verfügung stellen?**

**Antwort**

CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass der Bund die Länder und Kommunen auch in den kommenden Jahren unterstützt, das Angebot an Betreuungsplätzen bedarfs- und qualitätsgerecht auszubauen.

- 2) Mit der Arbeitsgruppe zur Fachkräftegewinnung für die Kindertagesbetreuung wurde ein erster Schritt zur Gewinnung von Fachkräften gemacht, welche erst den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen ermöglicht. **Ohne den Ergebnissen der Arbeitsgruppe vorzugreifen, wo sieht ihre Partei Stellschrauben zur Verbesserung der Anerkennung und der Arbeitsbedingungen in diesem Berufsfeld?**

**Antwort**

Die nunmehr vom Bund eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Fachkräftegewinnung Erzieherinnen und Erzieher“ hat sich vorgenommen, Maßnahmen zur Aufwertung des Berufsfeldes zu erarbeiten. Ein wichtiger Baustein dazu ist, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. CDU und CSU werden sich auch vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, dass der Bund die Länder und Kommunen auch in den kommenden Jahren unterstützt, das Angebot an Betreuungsplätzen bedarfs- und qualitätsgerecht auszubauen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Ausstattung von Kindertages- und Betreuungseinrichtungen mit ausreichend und gut ausgebildetem Personal zu.

**III. Leistungen für Familie und Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben:**

Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn sie gelingt, so wären doch gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder

wünschen sich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (siehe AID: A Survey II: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

- 1) **Wie möchte die CDU auf Bundesebene die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben sowie Pflege und Erwerbsleben weiter verbessern?**

**Antwort**

Für CDU und CSU ist es ein wichtiges Ziel, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Blick auf familiäre Fürsorgeaufgaben von Kinderbetreuung bis zur Pflege von Angehörigen weiterentwickeln. Unter der Regierungsverantwortung von CDU und CSU haben wir den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes bis zur Grundschule eingeführt. Künftig steht für uns die Weiterentwicklung der Qualität der Betreuungsangebote im Fokus. Um auch Betreuungsmöglichkeiten im Grundschulalter verbindlich sicherzustellen, wollen wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen.

Um die Rückkehr von Eltern nach familienbedingten Unterbrechungen in eine berufliche Vollzeit-Arbeit zu erleichtern, wollen wir künftig in Betrieben ab einer bestimmten Größe auch einen Anspruch auf befristete Teilzeit schaffen.

Uns ist daran gelegen, dass Familien mehr Zeit füreinander und miteinander haben. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Chancen auf neue Arbeitsplätze, Märkte und Technologien, um das Leben der Menschen zu verbessern. Mit neuen Arbeitszeitmodellen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dabei kann uns die Digitalisierung helfen. Das Arbeitszeitrecht werden wir modernisieren. Wir werden prüfen, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden kann.

- 2) Das Programm „KitaPlus“ des Bundes stellt zusätzliche Mittel zur bedarfsgerechten Ausweitung von Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen, z. B. in



den Randzeiten, zur Verfügung. **Wird Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung über die Dauer des Programms „KitaPlus“ (2016 bis Ende 2018) hinaus weitere Mittel zur bedarfsgerechten Ausweitung der Öffnungszeiten und somit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zur Verfügung stellen?**

**Antwort**

Das Bundesprogramm „KitaPlus“ wird evaluiert. Eine Fortführung des Bundesprogramms werden wir vor diesem Hintergrund prüfen.

- 3) Welche Veränderungen plant die CDU bei den Familienpolitischen Leistungen, wie z. B. Kindergeld, Kinderfreibetrag und Ehegattensplitting? Welche zusätzlichen Familienpolitischen Leistungen möchte die CDU bei einer erneuten Regierungsbe- teiligung einführen?**

**Antwort**

CDU und CSU sehen einen ausgewogenen Maßnahmenmix aus Geld, Zeit und Infrastruktur als den richtigen Weg an, Familien zu unterstützen. Wir wollen die finanzielle Situation von Familien spürbar verbessern. Dazu werden wir den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrages in zwei Schritten anheben und das Kindergeld um 25 Euro je Kind und Monat erhöhen. Das Ehegattensplitting, das insbesondere auch Familien mit Kindern zugutekommt, werden wir erhalten. Weitere Verbesserungen wird es mit uns für Familien beim Erwerb von Wohneigentum geben. Wir werden ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr einführen, das über einen Zeitraum von zehn Jahren gezahlt werden soll. Darüber hinaus wird es Freibeträge bei der Grund- erwerbsteuer für Erwachsene und Kinder geben.

**IV. Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen**

Nach einer Expertise der Robert Bosch Stiftung (Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement) eignen sich Familienzentren besonders, um eine Integration von Men-

schen mit Fluchterfahrung vor Ort zu fördern. Durch die Sozialraumorientierung und dem bedarfsgerechten ganzheitlichen Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien mit Fluchterfahrung und dem Sozialraum. Zusätzlich sind Familienzentren durch ihre bedarfsgerechte Ausgestaltung und die individuelle Förderung von Kindern mit oder ohne Migrationshintergrund sowie mit und ohne körperliche oder geistige Beeinträchtigung oftmals Orte inklusiver Pädagogik; Der Bundesverband der Familienzentren e.V. nutzt den Inklusions-Begriff nach Annedore Prengel\* (\*Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993/2006) in seinen Konzepten und Publikationen.

- 1) Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence-Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion gelingend umzusetzen. **Wie möchte die CDU in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich bundesweit ausbauen und innerhalb der Länder vergleichbarer machen - auch vor dem Hintergrund neuzugewanderten Bürgerinnen und Bürger?**

#### **Antwort**

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Stärkung von Kindern und Jugendlichen, das der Bundestag beschlossen hat, haben wir diesbezüglich wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Zur inklusiven Gestaltung der Kinder- und Jugendhilfe wird die objektiv-rechtliche Verpflichtung zur regelhaften gemeinsamen Förderung von Kindern mit und ohne Behinderungen in Kindertageseinrichtungen weiterentwickelt. Kinder mit Behinderungen sollen grundsätzlich an allen Aktivitäten und Angeboten für Kinder ohne Behinderungen partizipieren.

- 2) **Welche Rolle haben aus Sicht der CDU Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Städte und Gemeinden? Und wie können aus Sicht der CDU auf Bundesebene diese integrativen Strukturen gefördert werden?**

**Antwort**

Kindertageseinrichtung und Familienzentren spielen eine wichtige Rolle bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte. Dies gilt auch für die Kinder anerkannter Flüchtlinge. Gerade nach den Erfahrungen der Flucht ist es für die Kinder besonders wichtig, einen geregelten Alltag und Kontakt zu Gleichaltrigen in Deutschland zu haben. Die Kinderbetreuung eröffnet auch für die Eltern Perspektiven, in Deutschland Fuß zu fassen.

- 3) **Welche Chancen sieht die CDU in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um z. B. die Integration von Familien mit Fluchterfahrung zu fördern?**

**Antwort**

Sowohl Kindertageseinrichtungen als auch Familienzentren nehmen eine Schlüsselrolle für ein Gelingen von Integration ein. Der Bund fördert Integrationsmaßnahmen durch verschiedene Programme. So unterstützt der Bund beispielsweise im Rahmen des Modellprogramms "Starke Netzwerke Elternbegleitung für geflüchtete Familien" von Mai 2017 bis Dezember 2020 an 50 Standorten lokale Elternbegleitungsnetzwerke, die niedrighschwellige Beratungs- und Begleitungsangebote für geflüchtete Familien entwickeln und umsetzen. Im Programm „Elternchance II – Familien früh für Bildung gewinnen“ sollen (früh-)pädagogische Fachkräfte aus dem Arbeitsfeld der Familienbildung weiterqualifiziert werden, um Familien als Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter in Familienzentren, Eltern-Kind-Zentren, Kitas, Familienbildungsstätten und anderen Ein-

richtungen der Familienbildung bei der Bildung, Entwicklung und Erziehung der Kinder beiseite zu stehen.

- 4) Vielfalt ist allgegenwärtig in den Kindertageseinrichtungen, allerdings spiegelt sich diese Vielfalt oftmals nicht bei den pädagogischen Fachkräften und innerhalb der Träger von Einrichtungen für Familien. Dies liegt aus Sicht des Bundesverbandes zum Teil auch an der Anerkennung von im Ausland erworbenen pädagogischen Abschlüssen. **Möchte die CDU in diesem Zusammenhang in der kommenden Legislatur die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen weiter verbessern bzw. den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erleichtern? Wenn ja, wie?**

#### **Antwort**

Die CDU will, dass alle Menschen in Deutschland eine Chance auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Aus diesem Grund stehen alle unterstützenden bzw. fördernden Leistungen der Arbeitsmarktintegration auch Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung. Zudem setzen wir auf ein bewusstes Umdenken bei den Personalverantwortlichen und begrüßen die Anstrengungen der Wirtschaft, wie beispielsweise die Initiative „Wir zusammen“, die sich für den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt engagiert.

Mit dem Integrationsgesetz haben wir unser Prinzip des Förderns und Forderns auch rechtlich verbindlich gemacht, den Integrationsprozess weiter beschleunigt sowie bürokratische Hürden abgebaut. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt haben wir die Vorrangprüfung für drei Jahre dort ausgesetzt, wo der Arbeitsmarkt dies erlaubt und auch die Zeitarbeit geöffnet. Weiterhin darf derjenige, der eine Aus-

bildung macht, für die Dauer dieser Ausbildung bleiben. Hat er danach einen Job, darf er weitere zwei Jahre bleiben, ohne Arbeitsplatz sechs Monate zur Jobsuche. Diese 3+2-Regelung gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Zudem wollen wir, dass Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive sofort eine Arbeitserlaubnis erhalten. Unternehmen, die Flüchtlinge einstellen, sollen für ein Jahr vom ortsüblichen Lohn abweichen dürfen, sofern dieser den Mindestlohn übersteigt. Die formale Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse wollen wir stärken und die informellen Kompetenzen von Flüchtlingen besser erfassen.

## **V. Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen**

Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt ist nur dann wirkungsvoll, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen den einzelnen Zuständigkeiten stattfinden. Bisher findet eine familienbezogene Koordination, der Zuständigkeiten und Angebote allerdings kaum statt.

- 1) Welche Maßnahmen plant die CDU (auf Bundesebene) zur Entsülung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen im Sinne der Familien in Deutschland?**

**Antwort**

CDU und CSU wollen in der nächsten Legislaturperiode eine gut durchdachte Reform des SGB VIII in Angriff nehmen. Eine Reform des SGB VIII wird nur unter Einbeziehung der Praxis, der Kostenträger und der Verbände in einem der Bedeutung des Vorhabens gerecht werdenden Rahmen durchgeführt. Dabei werden wir auch eine Entsäulung prüfen.

- 2) Beispiele aus anderen europäischen Ländern, wie England (Early Excellence-Center) und Belgien (Flandern), zeigen welche Bedeutung die enge Verzahnung von Gesundheit und frühkindliche Betreuung bei der lückenlosen Begleitung von Familien in besonderen Lebenslagen haben. Familienzentren sind im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention präventive Einrichtungen und könnten daher durch das Präventionsgesetz gefördert werden. Leider werden derzeit keine Kindertageseinrichtungen oder Familienzentren in Ihrer Entwicklung zu Orten der Gesundheitsförderung unterstützt, sondern bundesweite Programme und Projekte, die oft nicht den Bedarf der Eltern und Familien vor Ort treffen.
- a) **Wie können sich Familienzentren aus Sicht der CDU zu Kinder- und Gesundheitszentren weiterentwickeln? Wie möchte die CDU im Rahmen einer möglichen Novellierung der Sozialgesetzgebung diese Entwicklung fördern?**
- b) **Vielfach scheitert eine bessere Verzahnung zwischen Einrichtungen für Familien und Akteuren im Gesundheitswesen an der Honorierung der Angebote in den Einrichtungen für Familien, z. B. von Fachärzten für Kinder- und Jugendmedizin für die Durchführung der U-Untersuchungen über die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Möchte Ihre Partei dies in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und dem Gemeinsamen Bundesausschuss verändern?**

**Die Fragen 2a) und 2b) werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:**

CDU und CSU wollen die familienunterstützenden Netzwerke auf allen Ebenen zur Beratung und Förderung in den Bereichen der Erziehung und familiären Fürsorge ausbauen. Familienzentren, angeschlossen an Kindertageseinrichtungen, halten niedrigschwellige Angebote bereit, die ausgebaut werden sollten. Der Bundestag hat in der 18. Legislaturperiode eine verbesserte Kooperation der Einrichtungen im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz verabschiedet.

Als Grundlage für die Vergütung von ärztlichen Leistungen außerhalb der vertragsärztlichen Versorgung dient die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und die Gebührenordnung der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (GOP). Vertreter der Ärzteschaft und die private Krankenversicherung sind derzeit im Gespräch, eine fachliche Grundlage für eine neue GOÄ zu schaffen. Wir hoffen hier auf eine baldige Einigung.